

22. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses (gemeinsam mit dem  
Umweltausschuss) der Stadt Speyer am 24.01.2018  
Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

---

**Gegenstand: IV. Änderung des FNP 2020 der Stadt Speyer „Schlangenhühl- Nord,  
1. Erweiterung“  
Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 013 E „Schlangenhühl- Nord,  
1. Erweiterung“  
hier: Aufstellungsbeschlüsse nach § 1 Abs. 3 BauGB  
[Vorlage: 2391/2017](#)**

Die Ausschussmitglieder erhalten eine Tischvorlage. Die Vorlage und die Tischvorlage sind dieser Teilniederschrift beigelegt und ergänzender Bestandteil des Beschlusses.

Herr Dr. Lorenz spricht sich gegen die Vorlage aus. Er zweifelt, ob die Eingriffe adäquat ausgeglichen werden können und ob die Fa. PMI die Pflege über längere Zeit tragen werde. Außerdem befürchtet er eine Präcedenzwirkung für künftige Fälle.

Oberbürgermeister Eger erklärt, um der Fa. PMI sagen zu können, was sie zu zahlen habe, müsse der Wert der Ausgleichsfläche ermittelt werden. Um das zu untersuchen werde der Aufstellungsbeschluss gebraucht.

Frau Seiler bedauert, dass das Anliegen des Unternehmens und die Ökologie in eine Schieflage geraten seien. Im Vorfeld hätte man sich viel mehr inhaltlich damit auseinandersetzen müssen, gerade auch im Umweltausschuss. Das sei ein bisschen am Umweltausschuss vorbei gegangen. Umso erfreulicher sei es jetzt mit dabei zu sein, bei der Sitzung und auch beim Ortstermin. Bau- und Planungsausschuss und der Umweltbereich müssten viel enger diskutieren. Im Moment sei es für das Unternehmen schwer dieser Diskussion zu folgen, weil es nicht danach aussehe, dass es hier einen Gewinner geben könne. Ökologie gegen Steuereinnahmen aufzurechnen sei sehr, sehr schwer. Vielleicht sollte das zukünftig nochmal intern in den Ausschüssen beraten werden, bevor dann so eine Schieflage entstehe und in die Öffentlichkeit komme.

Oberbürgermeister Eger ergänzt, gerade damit man fundiert gegeneinander abwägen könne, brauche man die Faktenlage und müsse die Informationen haben. Die bekomme man gerade bei Ökologie nur über eine längerfristige Untersuchung. Aus dem Bauch heraus so etwas zu entscheiden sei sicherlich keine fundierte Vorgehensweise. Dann könne man sagen, man mache nur noch Grundsatzentscheidungen, man wolle eben keine Unternehmen, oder man wolle keine Ökologie. Beide Positionen seien in der Stadt Speyer falsch.

Herr Ableiter spricht sich für die Vorlage aus. Flächen für den Ausgleich seien da. Er appelliert an die anderen Ausschussmitglieder zuzustimmen.

Frau Seiler ergänzt, es gebe zwischen dem Bauchgefühl und dem Technokratischen die Möglichkeit das Umweltdezernat mit einzubeziehen. Im Vorfeld hätte man so vielleicht die eine oder andere Diskussion etwas abmildern können.

Oberbürgermeister Eger erwidert, verwaltungsintern habe die Abstimmung am 05.07.2017 stattgefunden, wo ein großer Kreis verwaltungsintern, incl. Umweltbehörde, sich mit der Thematik auseinandergesetzt habe.

Herr Zehfuß stimmt der Vorlage zu. Er vertraut auf das gesetzmäßige Handeln der Verwaltung. Das Gesetz schreibe einen adäquaten Ausgleich vor und es sei vollkommen unstrittig, dass die Vorhabenträger für diesen Ausgleich zu sorgen hätten. Ein vorhabenbezogener Bebauungsplan stelle einen Eingriff dar. Dieser Eingriff müsse adäquat ausgeglichen werden. Man laufe keine Gefahr, dass die Ökologie der Verlierer sei, insofern bestünden keine Bedenken.

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keine Einwendungen gegen eine gemeinsame Abstimmung von Bau- und Planungsausschuss und Umweltausschuss.

### **Beschluss**

**( 3 Nein-Stimmen (Dr. Lorenz, Jaberg, Czerny), 1 Enthaltung (Maike Hinderberger))**

Der Bau- und Planungsausschuss und der Umweltausschuss empfehlen dem Stadtrat:

1. Der Rat der Stadt Speyer beschließt für den im beigefügten Plan (Anlage 1) dargestellten Bereich nordöstlich der Austraße gemäß § 2 BauGB die Aufstellung eines Änderungsplanes zum Flächennutzungsplan 2020 der Stadt Speyer (IV. Änderung des Flächennutzungsplans 2020 „Schlangenhühl- Nord, 1. Erweiterung“).
2. Der Rat der Stadt Speyer beschließt gemäß § 2 BauGB, den Bebauungsplan Nr. 013 E „Schlangenhühl- Nord, 1. Erweiterung“ aufzustellen. Der Geltungsbereich wird entsprechend dem beigefügten Lageplan abgegrenzt (Anlage 2). Der Bebauungsplan Nr. 013 E „Schlangenhühl- Nord, 1. Erweiterung“ soll für seinen Geltungsbereich den Bebauungsplan Nr. 13 N „Schlangenhühl Nord, Teilbepbauungsplan“ ersetzen.
3. Die Änderung des Flächennutzungsplans und die Aufstellung des Bebauungsplans erfolgen im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB.
4. Ziel der Bauleitplanung ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung des bestehenden Gewerbegebiets zu schaffen und einen naturschutzfachlichen Ausgleich für die neuen Gewerbeflächen zu sichern.
5. Dem vorliegenden Entwurf wird zugestimmt (Anlage 3).
6. Die Verwaltung wird beauftragt die landesplanerische Stellungnahme für die Änderung des FNP 2020 einzuholen.
7. Die Verwaltung wird beauftragt für die beiden Bauleitplanverfahren die frühzeitigen Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden/TÖB gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB auf Grundlage des vorliegenden Entwurfs durchzuführen.

22. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses (gemeinsam mit dem  
Umweltausschuss) der Stadt Speyer am 24.01.2018  
Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

---

**Gegenstand: Soziale Stadt Speyer-West: Umgestaltung Grünzug Josef-Schmitt-  
Straße**  
[Vorlage: 2440/2018](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende begrüßt Frau Löchel vom Büro Bierbaum.Aichele. Frau Löchel stellt die  
Planung zur Umgestaltung des Grünzugs Josef-Schmitt-Straße vor.

Herr Hinderberger schlägt vor, über eine gastronomische Nutzung nachzudenken.  
Außerdem regt er an, dem Platz einen Namen zu geben, z.B. Luise Herklotz.

**Beschluss**  
**(einstimmig)**

Die Planung wird beschlossen. Die Umgestaltung wird im Jahr 2018 durchgeführt.

Der Vorsitzende verabschiedet Frau Löchel.

22. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses (gemeinsam mit dem  
Umweltausschuss) der Stadt Speyer am 24.01.2018  
Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

---

**Gegenstand: Hochwasserschutz zwischen der Hafenmeisterei und der Schiffswerft  
Braun („Am Neuen Rheinhafen“)**  
**[Vorlage: 2442/2018](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Hinderberger erklärt, der Mehraufwand für die Stadt von 600.000,-- € laut Vorlage sei für ihn nicht nachvollziehbar. Um die Mehrkosten zu vergleichen wäre es richtiger gewesen, den Mehraufwand einer Spundwand zu beziffern, abzüglich der Kosten einer mobilen Einrichtung, wobei mittels einer Hochrechnung der Kosten ermittelt werden sollte, was für ein Arbeitsaufwand bei einem Einsatz des mobilen Hochwasserschutzes dort entstände. Es sei auch unklar, bzw. nicht prüfbar, wie die 600.000,-- € Mehrkosten zustande kämen. Hier wäre eine Aufschlüsselung der Kosten notwendig gewesen. Nach seinen Recherchen bei europaweit bekannten Wasserbauunternehmen, koste der lfd. Meter Spundwand mit einer Höhe von 40 cm bis zu 1 Meter 550,-- bis 600,-- € pro lfd. Meter. Jetzt könne man ja schnell ausrechnen, was die Spundwand kosten würde. Dabei müssten die Kosten der Verbauung der mobilen Lösung noch abgezogen werden. Bei den restlichen Kosten werde auch die SGD mit großer Wahrscheinlichkeit zustimmen. Die Spundwand könnte entlang der Böschungsoberkante geschlagen werden, hierbei seien einige Durchlässe, Treppen für Anlegesteg oder Übergangsstufen vorzusehen. Als Alternative könnte die Hochwasserspundwand auch entlang der Bahnschienen geschlagen werden. Die SPD bitte erneut darum, den Vorschlag in dieser Form abzulehnen und neue, übersichtliche, nachrechenbare Angebote einzuholen.

Herr Ableiter stimmt Herrn Hinderberger zu. Er vertritt die Auffassung, dass auch auf diesen Abschnitt ein stabiler, dauerhafter Hochwasserschutz hingehöre, und dass die SGD den Hochwasserschutz an einer Bundeswasserstraße, an einem Gewässer 1. Ordnung, zu 90 % zu bezahlen habe. Eine nichtmobile Lösung sei kein Luxus, sondern die Standardlösung am ganzen Rhein entlang.

Der Vorsitzende sagt zu, Zahlen zur Verfügung zu stellen. Der Tagesordnungspunkt wird auf den nächsten Bau- und Planungsausschuss vertagt.

22. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses (gemeinsam mit dem  
Umweltausschuss) der Stadt Speyer am 24.01.2018  
Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

---

**Gegenstand: Verschiedenes**

Herr Hinderberger fragt nach dem Sachstand Bauhaus und nach dem Sachstand König.

Der Vorsitzende antwortet, die erste Sitzung des Arbeitskreises Einzelhandel finde am 21.02.2018 statt, in der Sache König sagt er zu, Informationen darüber zu beschaffen, ob die angeforderten Unterlagen eingegangen sind.

**Adenauerpark**

Der Vorsitzende informiert, dass er 1.843 Unterschriften bekommen habe, die im Wesentlichen sagten, es solle sich nichts verändern. Er habe den Überbringerinnen der Unterschriften erklärt, wo aus Sicht der Stadt Notwendigkeiten zu Veränderungen bestünden und wo im Sinne von Priorität die Notwendigkeit nicht bestehe.

Ein Architekt habe einen weiteren Vorschlag unterbreitet: man könne die vorhandene Toiletteneinrichtung 75 cm anheben. Zur Frage der Umsetzung habe es geheißen, man solle abreißen, aufschütten, auffüllen und dann wieder in der alten Form errichten. Man habe den Vorschlag grob überschlagen und festgestellt, dass das kostenmäßig nicht viel Sinn mache.

Es solle nun so viel Bestand wie möglich erhalten bleiben. Neu seien nur die barrierefreie Toilette, die Fahrradständer und die Info-Stele. Im südlichen Teil sei man in Verhandlung mit den Fördermittelgebern, wie dort auf die Wegeverbindung entlang der Mauer verzichtet und trotzdem die Aufenthaltsqualität verbessert werden könnte, z.B. durch die Einrichtung von Sitzmöglichkeiten, um nicht aus dem Förderprogramm zu fliegen. Im südlichen Teil war auch gewünscht worden, das Jahndenkmal frei zu legen, d.h. es durch Pflegerückschnitt frei zu schneiden. Durch die Untersuchung sei festgestellt worden, dass die Mauer saniert werden müsse. Ob dann anschließend wieder Bewuchs zugelassen werde, müsse dann entschieden werden. Das seien die Maßnahmen, bei denen eine hohe Priorität bestehe, sowohl aus Sicht der Verwaltung, als auch vom Fördermittelgeber aus. Es werde eine Besucherlenkung gebraucht und eine barrierefreie Toilette, vor allem zu Zeiten, in denen der Park geschlossen sei, weil es nämlich in der gesamten Gegend trotz ZOB und Bahnhof keine barrierefreien Toiletten gebe.

**Bistumshaus St. Ludwig**

Der Vorsitzende informiert, der neue Eigentümer habe ein anderes Konzept. Der Planer arbeite im Bestand, für die Stellplatzsituation gebe es eine andere Lösung: keine Tiefgarage, sondern oberirdisch Richtung Johannesstraße. Die Version sei deutlich abgespeckt und entspreche dem allerersten Planaufstellungsbeschluss, der noch nicht aufgehoben sei.

**Gestaltungsbeirat**

Der Vorsitzende informiert, das Bauforum und die Architektenkammer hätten Experten vorgeschlagen, die angefragt worden seien, ob sie, vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen städtischen Gremien, zur Mitarbeit bereit wären.

Herr Reif erklärt, es sei versucht worden, alle Handlungsfelder der Stadtentwicklung abzudecken. Man habe einen Stadtplaner, einen Architekten, jemand mit

Landschaftsplanungsbezug, Denkmalschützer und jemand aus dem Bereich der Stadtsoziologie angefragt.

Zugesagt hätten: Prof. Sekeler aus Karlsruhe (Städtebau), Frau Edda Kurz (Denkmalschutz, Vizepräsidentin der Architektenkammer RLP, Vorstand im BDA), Herr Luca Kist aus Saarbrücken (Landschaftsplaner und Stadtplaner), Dr. Gerd Kuhn aus Stuttgart (Wohnsoziologe und Stadtsoziologe). Ein Experte werde noch gesucht. Die Mitglieder würden im Bau- und Planungsausschuss vorgestellt.

Frau Spitzer fragt, ob man nicht daran gedacht habe, jemand aus dem Bereich Kultur dazu zu nehmen.

Der Vorsitzende antwortet, der Bereich Baukunst und Bauqualität werde von der Architektenkammer abgedeckt.

### **Sachstand Baulückenverzeichnis**

Der Vorsitzende informiert, es seien Baulücken gefunden worden. Die Eigentümer würden angesprochen, natürlich könne niemand gezwungen werden, seine Baulücke zur Verfügung zu stellen.

### **Planfeststellungsbeschluss A 61**

Die Unterlagen liegen vom 22.01. bis zum 05.02. bei der Planungsabteilung aus, können aber auch im Internet ([lbm.rlp.de](http://lbm.rlp.de)) angesehen werden.

### **Möbelmitnahmemarkt Ludwigshafen-Oggersheim**

Der Vorsitzende berichtet, die Stadt sei als Träger öffentlicher Belange angefragt worden. Die Stadt habe mitgeteilt, dass dieses Vorhaben keine negativen städtebaulichen und raumordnerischen Auswirkungen auf die Stadt Speyer haben werde, wegen der Entfernung und wegen dem Sortiment.

### **Salierbrücke**

Herr Jaberg fragt nach Informationen zu der bevorstehenden Sperrung der Salierbrücke.

Der Vorsitzende antwortet, es habe ein Informationsgespräch gegeben, bei dem die Bezirksregierung Karlsruhe verschiedene Alternativen vorgelegt habe. Eine der Alternativen sei die Vollsperrung gewesen. Die Salierbrücke solle saniert werden, bevor die Hochstraße Ludwigshafen in die heiße Phase trete, weil der Verkehr der Hochstraße über Speyer und die A 6 geführt werden solle. Weitere Prüfungen bei der Bezirksregierung und Absprachen mit der Metropolregion würden stattfinden, dann werde etwas vorgestellt.

Herr Röbosch fragt, ob eine Fähre eingerichtet werden könne, die auch Autos transportiere.

Der Vorsitzende antwortet, diese Frage müsste mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt geklärt werden. Aus seiner Sicht sei das nicht realistisch, angesichts eines Verkehrsaufkommens von 24.000 – 25.000 Autos und fehlender Voraussetzungen zum Anfahren und Beladen einer Fähre auf beiden Rheinseiten. Die Prüfung der Bezirksregierung befasse sich mit dem Thema Fähre, sodass dazu eine Antwort zu erwarten sei.

Der Bau- und Planungsausschuss nimmt die Informationen zur Kenntnis.

22. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses (gemeinsam mit dem  
Umweltausschuss) der Stadt Speyer am 24.01.2018

22. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses (gemeinsam mit dem  
Umweltausschuss) 24.01.2018 **Hansjörg Eger Stefanie Seiler**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das  
Gesamtdokument!